

Antrag

der SPD-Fraktion,
der CDU-Fraktion und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wir gestalten die Zukunft Europas - Dialog der Bürgerinnen und Bürger

Unter dem Motto „Wir gestalten die Zukunft Europas!“ hat der Landtag gemeinsam mit der Landesregierung am 28. Oktober 2021 in Frankfurt (Oder) den Dialog der Bürgerinnen und Bürger im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas veranstaltet. Über 50 Teilnehmende aus Brandenburg und Polen haben dabei vertieft über die Themen „Europäischer Grüner Deal, Klimaschutz und Nachhaltigkeit“ sowie „Nachbarschaftspolitik Brandenburg und Polen“ diskutiert – und gegenüber den anwesenden Vertreterinnen und Vertretern der regionalen wie europäischen politischen Ebenen ihre Wünsche, Forderungen und Vorschläge formuliert. Die Inhalte und Ergebnisse des Dialogs wurden bereits als Information 7/143 veröffentlicht und auch auf der digitalen Plattform der Konferenz zur Zukunft Europas eingestellt. Im Folgenden sollen die Impulse der Bürgerinnen und Bürger auch konkret im weiteren parlamentarischen Diskurs aufgenommen werden.

Der Landtag stellt fest:

1. Der Landtag begrüßt die Einbindung der regionalen Ebene in die Konferenz zur Zukunft Europas und die unmittelbare Einbeziehung der europäischen Bürgerinnen und Bürger in den Diskussionsprozess.
2. Der Landtag dankt den am Dialog beteiligten Bürgerinnen und Bürgern ausdrücklich für ihr Engagement und ihre konstruktive Beteiligung.
3. Der Landtag wird die Inhalte des Dialogs im regionalen parlamentarischen Diskurs aufgreifen und bittet daher die Fachausschüsse, die Ergebnisse des Berichts im Rahmen ihrer fachlichen Zuständigkeiten vertieft zu behandeln.
4. Der Landtag bittet die Präsidentin, die Ergebnisse des Berichts mit dem Ziel der weiteren Einbeziehung in die weitere Diskussion zur Zukunft Europas, insbesondere in den europäischen Bürger- und Plenarforen, an die Europäischen Institutionen zu übermitteln.
5. Im Bewusstsein der Bedeutung der europäischen Regionen für den Zusammenhalt und die gemeinsame Zukunftsgestaltung der Europäischen Union greift der Landtag folgende im Rahmen des Dialogs genannte Wünsche und Forderungen für die landespolitische Befassung exemplarisch auf und bekräftigt sie ausdrücklich.

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. weiterhin gegenüber dem Bund und der Deutschen Bahn darauf hinzuwirken, die regionale sowie die grenzüberschreitende Schieneninfrastruktur weiter auszubauen – sowohl zur Förderung des interregionalen Austausches und der Begegnung, als auch zur nachhaltigen Gestaltung der globalen Transportwege. Der Landtag unterstützt diesbezüglich das gemeinsame Anliegen der Länder Brandenburg, Berlin sowie der Wojewodschaft Lubuskie, dass die Ostbahn von Berlin über Kostrzyn nach Gorzow in das TEN-V-Ergänzungsnetz (Transeuropäische Verkehrsnetze) aufgenommen wird.
2. im Bildungsbereich europäische Inhalte weiterhin umfassend zu berücksichtigen. Dies gilt sowohl für die schulische und frühkindliche wie auch die berufliche Bildung als auch für die Hochschulen und Erwachsenenbildung sowie für den Sport, mit dem Ziel eine europäische, grenzüberschreitende Zivilgesellschaft fortzuentwickeln und zu stärken und zur positiven Wahrnehmung der Bedeutung der Europäischen Union mit ihren umfassenden Gestaltungsmöglichkeiten beizutragen. Auch der gelebte persönliche Austausch ist für die Förderung europäischer Bildung essentiell – die direkte Begegnung bietet einzigartige Chancen für das gegenseitige Verständnis unserer Unterschiede und Gemeinsamkeiten;
3. die Stimme der Bürgerinnen und Bürger bei der Zukunftsgestaltung Europas stärker zu berücksichtigen. Es ist die besondere Aufgabe der Regionen, diesen Stimmen auch bei den Institutionen der Europäischen Union Gehör zu verschaffen. Schließlich ist nur eine Union der europäischen Regionen eine starke Europäische Union.